

# Pressemitteilung:

Mittwoch, 4.11.2020

## Mietentscheid-Bündnis kritisiert die Kostenauskunft und Verfahrensweise der Stadtverwaltung

Im Frühjahr 2019 hat sich in Stuttgart das Bündnis „Mietentscheid Stuttgart“ gegründet. Ziel der Initiative ist die Durchführung eines Bürgerbegehrens für bezahlbares Wohnen. In einem mehrmonatigen Verfahren wurden sechs wohnungspolitische Forderungen entwickelt. Gründe für das Bürgerbegehren liegen auf der Hand: Stuttgart gehört zu den teuersten Städten Deutschlands und Wohnraum ist knapp. Rund 23 Prozent der Mieterhaushalte wenden mehr als 40 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete auf. Dieser Zustand muss sich ändern.

Am 11.11.2019 wurde Oberbürgermeister Fritz Kuhn in einem Schreiben über die Initiative für ein Bürgerbegehren informiert und aufgefordert, seiner Verpflichtung nachzukommen, zur Erstellung des Kostendeckungsvorschlags Auskünfte zur Sach- und Rechtslage zu geben. Zu dieser Auskunft ist die Stadt laut der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg (GemO) verpflichtet. Statt einer zügigen Beantwortung der Anfrage übten sich OB Kuhn und Verwaltung in einer Hinhalte- und Verzögerungstaktik. Erst nach einem halben Jahr Wartezeit antwortete die Stadt mit einer milliardenschweren Kostenschätzung, die aus unserer Sicht viele Fragen aufwirft und in der Art der Formulierung maximal bürgerunfreundlich ist. „Die Stadt ist ihrer gesetzlichen Mitwirkungspflicht durch die Verschleppung nicht nachgekommen“, sagt Britta Möisinger, Bündnissprecherin vom Mietentscheid Stuttgart. „Kommunikation mit Bürger\_innen auf Augenhöhe geht anders“, ergänzt Susanne Bödecker, Mitinitiatorin vom Mietentscheid.

„Wir sind überzeugt, bei vielen Forderungen hätten gänzlich andere Kriterien und Berechnungsgrundlagen verwendet werden können“, kommentiert Britta Möisinger. So kalkulierte die Verwaltung z.B. bei der Forderung nach Verdopplung des städtischen Wohnungsbestandes ausschließlich mit Neubau, anstatt weitere Instrumente wie Nachverdichtung und den Ankauf von Bestandswohnungen heranzuziehen.

### Ob-Kandidat\_innen äußern sich zu den Mietentscheid Forderungen

Die OB-Kandidat\*innen Veronika Kienzle, Martin Körner und Frank Nopper sind nach Anfrage der Bitte um Stellungnahme zu den Mietentscheid Forderungen nachgekommen. „Sämtliche Antworten offenbaren, dass im Großen und Ganzen ein „Weiter so“ in der bisherigen Wohnungspolitik praktiziert werden soll“, konstatiert Susanne Bödecker. OB-Kandidat Hannes Rockenbauch trägt als Mitinitiator und aktives Mitglied des Mietentscheid Bündnisses sämtliche Forderungen vom Mietentscheid Bündnis selbsterklärend zu hundert Prozent mit. Die vollständigen Antworten im Vergleich stehen auf der Mietentscheid-Website ([www.mietentscheid-stuttgart.de](http://www.mietentscheid-stuttgart.de))

Aufgrund der Corona-Pandemie pausiert das Bürgerbegehren vorerst. Das ändert jedoch nichts am enormen Handlungsbedarf beim Thema Wohnungsnot. Denn Wohnen bleibt Top-Thema. Laut der letzten Zufriedenheitsumfrage der Europäischen Union sehen 95 Prozent der befragten Stuttgarter das knappe und teure Wohnungsangebot als Problem.

Die Umsetzung der sechs Mietentscheid-Forderungen wären ein Meilenstein für bezahlbares Wohnen in der Stadt. „Aktuell ist eine breit angelegte Unterschriftensammlung im öffentlichen Raum nicht vertretbar“, so Britta Möisinger. „Es muss endlich auch gesetzlich möglich sein, eine Unterschriftensammlung online abzuwickeln – gerade in Zeiten der Pandemie“, ergänzt Susanne Bödecker.

Website vom Mietentscheid Stuttgart:

[www.mietentscheid-stuttgart.de](http://www.mietentscheid-stuttgart.de)

Pressesprecherin: Britta Möisinger:

Mobil: 0152 16252 480